

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage. Er bittet den Rat, der selbstständigen Vergabe durch die Verwaltung im Hinblick auf eine rechtzeitige Bereitstellung dieser Dienstleistungen, zuzustimmen.

Herr Viebach spricht sich im Namen der CDU-Fraktion für die Aufhebung des Sperrvermerks sowie die Ausschreibung und Submission des Hausmeisterservices und des Sicherheitsdienstes aus. Der eigenständigen Vergabe durch die Verwaltung wird allerdings nicht zugestimmt; hier ist es durchaus möglich, mithilfe einer Dringlichkeitsentscheidung zeitnah zu agieren.

Herr Schäfer kann das Erfordernis eines Sicherheitsdienstes nicht nachvollziehen; daher wird die proNRW-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Hoffmann erklärt, dass sich die UWG-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag anschließen wird. Er bittet die Verwaltung, die Ergebnisse der Submission an die Fraktionsvorsitzenden weiterzuleiten.

Herr Ebbinghaus schließt sich den Ausführungen von Herrn Viebach an. Die Regeln sollten grundsätzlich befolgt und nicht bei jeder Gelegenheit umgangen werden. Weiter erklärt er, dass der Bedarf an einem Sicherheitsdienst zwar auch gesehen wird, die Leistung durch einen externen Dienstleister allerdings als nicht wünschenswert einzustufen ist. Aus diesem Grund wird die AL-Fraktion den gesamten Beschlussvorschlag ablehnen.

Herr Simon Bornewasser gibt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Verwaltungsvorschlag zustimmen wird, betont aber, dass die Wahrnehmung der auszuschreibenden Leistungen durch städtische Mitarbeiter die erstrebenswertere Lösung gewesen wäre.

Der Bürgermeister lässt zunächst über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt, den Sperrvermerk im Produkt 1.05.04 „Hilfen für Asylbewerber“ für privaten Hausmeister- und Sicherheitsdienst Asylbewerberunterkunft aufzuheben.
2. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen Hausmeisterservice und Sicherheitsdienst an externe Dienstleister auszuschreiben, zu submittieren und den Auftrag an den geeigneten Bieter zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 RUA, Bürgermeister)
27 Nein-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 3 AL, 2 proNRW)

Der Verwaltungsvorschlag ist somit abgelehnt.

Es erfolgt nun die Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.